



CVP Kanton Schwyz
www.cvpsz.ch

Departement des Innern
des Kantons Schwyz
Herrn Regierungsrat Armin Hüppin
Postfach 2160
6431 Schwyz

Wollerau / Goldau, den 30.9. 2011

Teilrevision des Prämienverbilligungsgesetzes

Sehr geehrter Herr Landammann
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Juni wurde das Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision des Prämienverbilligungsgesetzes eröffnet. Wir danken für die Möglichkeit, zur Teilrevision Stellung nehmen zu können.

Allgemeine Bemerkungen

Das Bundesparlament hat am 19.3.2010 das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) geändert und überträgt damit den Kantonen zusätzliche Aufgaben: Neu muss die öffentliche Hand 85% der uneinbringlichen Krankenkassenprämien übernehmen, und neu darf die individuelle Prämienverbilligung nicht mehr direkt an die Versicherten ausbezahlt werden. Dies macht eine Anpassung des kantonalen Gesetzes über die Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung notwendig. Der Bundesrat hat die Änderungen von Art. 64a und 65 KVG vom 19.3.2010 mit Beschluss vom 22.7.2011 per 1.1.2012 in Kraft gesetzt.

Die CVP nimmt zur Kenntnis, dass erneut bundesrechtliche Vorgaben auf Kantons- und Gemeindeebene umzusetzen sind. Die Stossrichtung ist grundsätzlich zu begrüssen. Ausstände bei den Krankenkassenprämien führen nicht nur bei den Klienten zu Schwierigkeiten – und sind deshalb wenn immer möglich zu vermeiden –, sondern beschäftigen auch die kommunalen und kantonalen Stellen. Mit den neuen Vorgaben können diese Probleme vermindert werden.

Wir erlauben uns, zu einigen Punkten im Besonderen Stellung zu nehmen

- Führung eines Registers

Die CVP begrüsst die Führung eines Registers, in der Personen mit Leistungsaufschub erfasst werden. Die Fürsorgebehörden müssen immer wieder feststellen, dass neue Sozialhilfeempfänger mit massiven Ausständen belastet sind. Ein Register könnte hier präventiv wirken oder zumindest einen Beitrag dazu leisten, dass die Prämienausfälle und damit auch das Verschuldungsrisiko kleiner werden.

- "Betreuung" der säumigen Prämienzahler

Der Begriff "Betreuung" ist genauer zu definieren. Die Annahme des Kantons, dass durch die "Betreuung" die Kosten insgesamt wesentlich reduziert werden können, ist sehr optimistisch. Die Realität sieht heute anders aus. Gerade bei Personen, die nicht von der Sozialhilfe abhängig sind, bestehen beschränkte Handlungsmöglichkeiten. Andererseits ist zu beachten, dass Personen, die aus der Sozialhilfe nach „Sanierungsprogrammen“ oft ohne Prämienausstände entlassen werden können, nach kurzer Zeit wieder Probleme haben. Wenn die Betreuung nachhaltig sein soll, müsste hier angesetzt werden.

- Einreichungsfrist

Gemeinden und Bezirke müssen die Möglichkeit haben, für Berechtigte Prämienverbilligungsgesuche einreichen zu können, auch wenn die Einreichungsfrist bereits abgelaufen ist. Gerade bei Personen, die nach dem Stichtag Sozialhilfe beziehen und Anspruch auf Prämienverbilligung hätten, ist es störend, wenn keine Verbilligung zugesprochen werden kann.

- Verlustscheine

Es wird vorgeschlagen, dass der Kanton die zukünftige Bewirtschaftung der Verlustscheine übernimmt (Inkasso durch Ausgleichskasse Schwyz).

- Verteilschlüssel der Kosten im Kanton Schwyz

Mit der Teilrevision haben erneut Kantone und Gemeinden Mehraufwendungen zu tragen. Der Vorschlag des Regierungsrates, die zu leistenden 85% der ungedeckten Krankenkassenprämien voll auf die Gemeinden zu überwälzen, entspricht nicht bekannten Kostenteilern im Sozial- und Gesundheitswesen. Die CVP regt an, den selben Verteilschlüssel wie bei der Prämienverbilligung anzuwenden (2/5 durch die Gemeinden/Bezirke, 3/5 durch den Kanton).

- Zügige Behandlung der Vorlage zur Klärung der Kostentragung 2012

Aufgrund der Inkraftsetzung der Teilrevision ab 1.1.12 ist die Vorlage zügig zu behandeln, damit die Kostenteilerfrage geklärt werden kann.

Zu den einzelnen Paragraphen

§ 12 b

Vorschlag auf Änderung des Textes

„Versicherte, gegen die durch die Krankenversicherer Betreibungen erhoben werden, **werden** von der Durchführungsstelle in einem Register eingetragen.“

Begründung:

Es soll eine Verpflichtung zum Eintrag geben. Dabei ist einschränkend zu prüfen, ob Kinder ins Register eingetragen werden sollen.

Offene Fragen zu § 12 b

- Muss vor dem Eintrag rechtliches Gehör gewährt werden?
- Wie ist der Rechtsweg, wenn jemand Einsprache gegen den Eintrag macht?
- Wie wird mit Personen verfahren, die bereits mehrfach einen Eintrag ins Register hatten?

§ 18

Vorschlag auf Änderung des Textes

Die Auszahlung erfolgt in der Regel **monatlich** an die Krankenversicherer.

Begründung

Wenn ein Berechtigter nur für einen Teil des Kalenderjahres berechtigt ist, können finanzielle Engpässe vermieden werden, wenn der Beitrag gleichmässig übers ganze Jahr ausbezahlt wird

Für die uns gebotene Möglichkeit der Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Änderungswünsche und Anregungen möchten wir uns im Voraus bei Ihnen bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

CVP Kanton Schwyz

Andreas Meyerhans
Präsident

Adrian Dummermuth
Fraktionschef